

Nach den Abstimmungen vom 5. Juni 2005:

Schengen/Dublin: Licht ins Dunkel

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-----------------------------------|----------|
| Impressum | Seite 1 |
| Leitartikel | Seite 2 |
| Dürfen Bundesräte lügen? | Seite 5 |
| Schengener Informationssystem SIS | Seite 9 |
| Dublin | Seite 11 |
| Schengen-Visa | Seite 13 |
| Geheimpapier von Frau Calmy-Rey | Seite 14 |

Impressum

Herausgeber: www.chil.ch

Verantwortlich für alle Texte ausser dem Leitartikel ist der Verein „Polizei gegen Schengen – Grenzwächter gegen Schengen“ – www.polizei-gegen-schengen.ch

Version 1.1

Leitartikel

Eines ist klar: Das Schweizervolk wurde im Vorfeld der Abstimmungen zu Schengen/Dublin in noch nie dagewesener Weise vom Bund manipuliert und die Medien berichteten ebenso einseitig über die Verträge. Bedeutende Fakten wurden bewusst ausgelassen. Auf das Abstimmungsergebnis hatte dies ohne Zweifel im zweistelligen Prozentbereich Einfluss. Auch nach den Abstimmungen lohnt es sich noch, Licht ins Dunkel zu bringen.

Schikanen für die Gegnerschaft

Angefangen hatte die unseriöse Trickserei des Bundesrates und der Behörden mit dem absichtlichen Zeitdruck auf die Parlamentarier, welche die Bilateralen II beraten mussten. Zehn Tage vor Beginn der Session lag die 600seitige Botschaft noch nicht vor. Unmöglich konnten National- und Ständerat die Dossiers seriös studieren. Weiter ging es mit künstlich verkürzten Referendumsfristen. Der Beginn der Unterschriftensammlung wurde um eine Woche vorverschoben, wie sonst absolut unüblich (rein zufällig musste die Unterschriftensammlung über die Weihnachtstage laufen). Damit nicht genug: Äusserst streitbar war auch, dass überhaupt Unterschriften gesammelt werden mussten. Gemäss Art. 140 BV muss der "Betritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften" dem obligatorischen Referendum unterstellt werden. Das heisst konkret: Unterschriften müssen keine gesammelt werden, die Annahme der Verträge hängt vom Volks- **und** Ständemehr ab. Noch 1999 hatte der Bundesrat den Schengen-Vertrag genau deshalb abgelehnt, weil er nämlich "Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen" beinhalte. Damit hatte er natürlich völlig Recht.

Die Angst vor einer Ablehnung

Im Sommer 2004 ergab eine Eurobarometer-Studie einen bedeutend höheren Anteil an Skeptikern der Bilateralen II als an Befürwortern. Das für Schengen/Dublin eigentlich zuständige Justizdepartement war bereit, sachlich zu informieren, nicht aber einen Propagandafeldzug für Schengen zu organisieren. Darum riss die Kämpferin für einen EU-Beitritt das Dossier an sich. Das Integrationsbüro von Aussenministerin Calmy-Rey sollte einen geheimen Schlachtplan entwerfen, wie die Mehrheit so zu manipulieren sei, dass ein JA zustande kommt. Die Köpfe mussten verwirrt werden, viele Persönlichkeiten und Organisationen würden tausendfach fixfertig zurechtgemachte Argumente an den Bürger bringen. Und das Integrationsbüro, dessen alleiniger Auftrag ja ist, das strategische Ziel des EU-Beitritts zu erreichen, legte los. Mit Millionen von Steuergeldern. Grosszügig wurden Maulkörbe verteilt, das SFDRS für Falschaussagen und einseitige Berichterstattung eingespannt. Kritiker solchen Missbrauchs der Informationspflicht innerhalb der Bundesverwaltung haben die geheime Planung von Frau Calmy-Rey schon im letzten Sommer den Medien zugespielt. Die bereits auf Schengen-Kurs getrimmten Massenmedien und die Printmedien haben das skandalöse Strategiepapier jedoch verschwiegen!

Mehr Sicherheit durch Schengen?

Durch Personenkontrollen an der Grenze wurden 2004 35'294 Kriminelle gefasst, 88'735 Personen die Einreise verweigert, 6'943 beim illegalen Grenzübertritt erwischt, 1'880 gefälschte Ausweise sichergestellt, 269 kg Kokain sowie 97 kg Heroin beschlagnahmt. Diese Personenkontrollen werden abgeschafft, wenn auch das Grenzwachtkorps an der Grenze bleibt und Warenkontrollen durchführt. Der Wegfall dieser Kontrollen soll durch Schleierfahndungen im Hinterland sowie durch das Fahndungssystem SIS kompensiert werden. Dabei ist klar, dass die Grenzwachter nicht gleich 100 Meter hinter der Grenze ihre Kontrollen durchführen werden. Will man die bisherige Arbeit gleich gut verrichten, benötigt man nun einen höheren Aufwand an Kosten und/oder Personal.

Das von Bund und Medien hochgepriesene Schengener Informationssystem SIS bringt nur lächerliche Zahlen hervor. In Deutschland wurden damit 2003 gerade mal 156 von 210'000 Festnahmen gemacht. Auch Norwegen hat es in einem Jahr nicht über 10 Festnahmen aufgrund des SIS geschafft. Auch wenn dieses elektronische Fahndungssystem für sich alleine durchaus von Vorteil wäre, wird es zusammen mit den Schleierfahndungen nicht fähig sein, in einem Jahr 35'000 Kriminelle ins Recht zu fassen. Das sollte jedem klar denkenden Menschen einleuchten. **Schengen ist dazu da, Freizügigkeit zu schaffen und keinesfalls Sicherheit!** Dies beweist allein der Umstand, dass bei wichtigen Anlässen die Grenzkontrollen wieder eingeführt werden, so geschehen an der Fussball-EM 2004 in Portugal, bei der Heirat des spanischen Kronprinzen Felipe oder nach den Anschlägen auf die U-Bahn in Madrid.

Kein Land wurde durch Schengen sicherer! Im Schengen-Deutschland fallen auf 100'000 Einwohner 7'621 Verbrechen, in der Schweiz auf 100'000 Einwohner 3'774 Verbrechen!

Weniger Asylgesuche durch Dublin?

Immer wieder wurden den Schweizer Bürgern vorgehalten, ohne Dublin würden wir zur Asylinsel in Europa, mit Dublin hätten wir weniger Asylbewerber. Auch wenn es nach purer Gegenpropaganda tönen mag, aber genau das Gegenteil ist der Fall! Für Länder wie die Schweiz und Deutschland führt die korrekte Anwendung der Übereinkunft von Dublin (DÜ) zu zusätzlichen Asylbewerbern und Millionen für den Verwaltungsapparat. Deutschland macht das seit Jahren vor. Der Misserfolg des Projektes Dublin wird Jahr für Jahr in den öffentlich zugänglichen Berichten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (bamf) in Nürnberg mit ganz genauen Zahlen dokumentiert. 2004 konnte Deutschland 2'765 Asylbewerber in andere Länder abschieben. Umgekehrt mussten wieder 2'681 zurückgenommen werden, was bedeutet dass Deutschland insgesamt 84 Asylbewerber weniger hatte, 84 weniger von 50'122 neuen Asylbewerbern!

Warum die auf den ersten Blick eigentlich vernünftige Logik des Dublin-Übereinkommens nicht funktionieren kann, hat verschiedene Gründe:

1. Italien und Spanien als Haupteintrittsländer von Osten und von Süden her haben kein Interesse, Asylbewerber zu behalten. Deshalb wird aufgegriffenen Illegalen auch nicht empfohlen, Asylgesuche zu stellen. Die Immigranten können - und sollen - nach Norden abwandern, wo der Tisch der Asylbewerber reicher gedeckt ist.

2. Die Verschärfung der Asylgesetze in allen europäischen Staaten veranlasst die Immigranten zunehmend, bewusst kein Asylgesuch zu stellen. So leben sie als Sans Papiers eine Weile im Zielland und hoffen, irgendwann eine Duldung oder eine humanitäre Aufnahme zu erreichen. In Deutschland nehmen die im Landesinnern aufgegriffenen Illegalen in dem Masse zu, wie die Asylgesuche abnehmen.

Vorteile für den Tourismus durch Schengen?

Von den Schengen-Befürwortern wird behauptet, ein NEIN zu Schengen schade dem Schweizer Tourismus, denn mit einem JA können Personen von bestimmten Ländern mit einem Visum im ganzen Schengenraum reisen. Demgegenüber rechnet Schweiz Tourismus für 2005 mit einem Wachstum der Übernachtungszahlen ausländischer Touristen um 2,7 Prozent. Trotz oder gerade wegen unseren sicheren Grenzen wachsen also die Übernachtungszahlen. Immer mehr Gäste aus China füllen Schweizer Hotelbetten. Rund 300'000 Übernachtungen werden sie dieses Jahr bringen. Der Schweizer Tourismusverband rechnet bei den Chinesen mit Zuwachsraten von 25 Prozent jährlich. Interessant ist: Ausgerechnet die Chinesen brauchen heute ein Einreisevisum für die Schweiz. Und sie kommen zu Hauf zu uns. Hingegen stagniert ausgerechnet die Zahl unserer wichtigsten Gäste, der Deutschen, die gar kein Einreisevisum brauchen. Offenbar hat die Visumpflicht also keinen Einfluss auf den Erfolg unseres Tourismus - im Gegenteil. Logisch: Ein Visum ist und war noch nie ein Grund, ein Land nicht zu besuchen.

Die EU als zuverlässiger Partner?

Dass die Schweiz mit der EU zusammenarbeiten muss, ist klar. Schliesslich haben wir hier unser grösstes Exportgebiet. Im St. Galler Tagblatt erschien vor der Verfassungsabstimmung in Frankreich eine passende Aussage über die EU. Ein Franzose meinte da: *"Die Verträge von Maastricht hätten die Arbeitslosigkeit in der EU senken sollen, hat man uns versprochen. Nun haben wir drei Millionen mehr Stellensuchende. Der Euro hätte die Inflation stoppen sollen, hat man uns zugesichert. Nun wird beständig alles teurer. Ein drittes Mal lasse ich mich nicht belügen."* Damit bringt er es genau auf den Punkt. Alles waren leere Versprechen. Und genauso wird es mit Schengen sein. Die Franzosen mussten zwei Mal hintergangen werden, bis sie sich erfolgreich wehren konnten. Wie lange wird die Schweiz geschädigt werden müssen, bis wir aufhören?

Die Einstellung des Bundesrates

Noch 1999 hat der Bundesrat Schengen abgelehnt. Begründung: Bei einem Schengen-Beitritt der Schweiz seien "Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen" (Abtretung von Volksrechten an die EU) unerlässlich. Heute behauptet der Bundesrat das Gegenteil, obwohl sich inhaltlich nichts geändert hat. Bundesrätin Calmy-Rey verplapperte sich an einer Pressekonferenz am 24. April 2003 wie folgt: "Indem wir die bilateralen Beziehungen zur EU intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt bereiten." Bei ihr im April 2005 nachgefragt kam dann wie aus der Kanone geschossen die Antwort: "Schengen und die Bilateralen haben mit einem EU-Beitritt überhaupt nichts zu tun." Die EU-Turbos im Bundesrat wollen uns zweifellos in diese Vereinigung führen. Dafür soll wohl die Mehrwertsteuer und die Arbeitslosigkeit auf EU-Niveau steigen und möglichst vieles der EU angepasst werden, damit es in Zukunft keinen grossen Unterschied mehr macht, ob wir in der EU sind oder nicht.

Dürfen Bundesräte lügen?

A) Zum Begriff der Lüge:

Bundesräte lügen nicht. Und wenn sie es dennoch tun, dann hat man dafür nettere Wörter als Lüge. Wenn ein Bundesrat wissentlich und vorsätzlich eine unwahre Aussage macht, dann heisst das etwa...

...es sind Missverständnisse entstanden...

...die Darstellung der Frau Bundesrätin war nicht in allen Teilen sachgerecht...

...es ist leider zu Fehlinterpretationen gekommen...

Pressesprecher lernen, wie man eine eindeutige Lüge nett bemäntelt. Und wenn Du Dich politisch äussern willst, musst Du das auch lernen. Als Polizist hast Du ja Übung, wie man sich politisch korrekt ausdrückt. Früher gab es elsässische Zigeunerbanden auf Einbruchtour im Grossraum Basel. Die sind plötzlich verschwunden. Es gibt noch den Zigeunerbaron, die Zigeunermusik und das Zigeunerschnitzel. Zigeuner aber darf es nicht mehr geben, weil das politisch unkorrekt sei. Darum vermeiden wir als gehorsame Polizisten diese Bezeichnung und verwenden die korrekte Umschreibung „mobile ethnische Minderheiten“. Die machen jetzt die Einbruchstouren. Wir können also mit Sprachregelungen umgehen. Es gibt keine „Farbigen“ mehr, sondern nur noch „stark pigmentierte Mitmenschen“ und ab sofort gibt es auch keine lügenden Bundesräte mehr, sondern nur noch Missverständnisse und nicht in allen Teilen sachgerechte Darstellungen...

Wir wollen politisch korrekt sein. Auch dort, wo es lächerlich ist.

B) Bundesrat Deiss, der notorische Schönredner...

Die edlere Kunst als die plumpe Lüge ist die Kunst der Schönrederei. Die beherrschen die meisten Bundesräte schon ganz brauchbar, aber der Meister dieser Kunst ist sicher der blässliche Josef Deiss, der in FACTS gerade als „notorischer Schönredner“ gefeiert wurde. Seine grösste Leistung ist es sicher, die Grenzöffnung für alle Drogenschieber, Menschenhändler und schwarzafrikanischen Schlepperbanden als Gewinn für die innere Sicherheit darzustellen. Jeder gesunde Menschenverstand wehrt sich gegen solchen Unsinn. Die Schweizer Regierung ist die einzige Regierung in Europa, die Schengen als Sicherheitsprojekt darstellt. Weil sie weiss, dass der Schweizer auf Sicherheit ansprechbar ist. Und wenn noch Zweifel vorhanden sein sollten, dann wird einfach wieder einmal die Unwahrheit gesagt, etwa, dass sich an den Grenzen mit Schengen eigentlich überhaupt nichts ändere. Wer Deiss noch glaubt, hat offenbar ein kurzes Gedächtnis. Und ist mit solcher Gutgläubigkeit sicher täglich in Gefahr, von irgendwelchen Haustür-Schwätzern über den Tisch gezogen zu werden.

C) Bundesrätin Calmy-Rey hat ein kurzes Gedächtnis:

Frau Calmy-Rey kennt sich noch heute in den Details von Schengen und Dublin schlecht aus. Auf die Frage, ob denn Schengen gar keine Nachteile habe, antwortete sie letzte Woche in einer öffentlichen Propaganda-Veranstaltung in der Innerschweiz mit ihrer charmanten Clown-Dimitri-Grimasse, sie könne keine Nachteile erkennen. Das zeugt von profunder Sachkenntnis. Lauter Vorteile. Wunderbar.

Sie versteht noch heute nicht, was Schengen für die Schweiz wirklich bedeutet. Oder es ist ihr egal, weil es ja letztlich gar nicht um irgendein polizeiliches Ausschreibungssystem geht, sondern um das Ziel des EU-Beitrittes. Der ist ihr Anliegen. Und mit der ihr eigenen Naivität hat sie das schon frühzeitig ausgeplappert:

Schengen sei wichtig für die Schweiz, weil Schengen ein wichtiger Schritt für den Vollbeitritt zur EU sei.

Zitat:

„Indem wir die bilateralen Beziehungen zur EU intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt bereiten.“

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey am 24.4.2003

Als Schönredner Deiss seine neue Kollegin so ehrlich, aber auch so taktisch dumm daherreden hörte, hat er wohl laut geflucht: „Jetzt macht die den gleichen Scheiss wie der Ogi mit seinem dummen Spruch, der EWR sei das Trainingslager für den EU-Beitritt. Wir müssen doch dergleichen tun, als ob Schengen mit einem EU-Beitritt gar nichts zu tun habe. Und jetzt diese Calmy-Rey, wie kann man so blöd sein!“ So könnte unser Josef geflucht haben. Oder wurde er wohl noch deutlicher?

Tatsächlich hat der ebenso saloppe wie ehrliche Spruch Ogis vor der EWR-Abstimmung vielen Schweizern die Augen geöffnet. Und zum klaren NEIN beigetragen. Ogi, sonst nicht gerade eine Leuchte und hauptsächlich damit beschäftigt, sich ins rechte Licht zu rücken, gehörte für diese dumme, aber ehrliche und folgenreiche Aussage ein Orden. Wenn es noch solche gäbe.

Umgehend nach ihrer ebenso ehrlichen, aber taktisch verheerenden Aussage wurde die Bundesratskollegin gebeten, in Zukunft solche Sprüche zu unterlassen. Dabei vergass unser grösster Euroturbo Deiss, dass er selbst schon einen solchen Bock geschossen hatte. In der Basler Zeitung wurde er unwidersprochen so zitiert:

Zitat:

„ Die Bilateralen sind ein wichtiger Schritt hin zur EU“
Bundesrat Josef Deiss am 22.5.2000

Aber das liegt weit zurück. Und das Volk vergisst ja schnell. Auch den Blödsinn von Micheline. Bis zur Abstimmung geht das ja noch lange.

Wir haben diese Aussagen nicht vergessen. Weil sie die wahre Absicht des Bundesrates ungewollt offen legten. Und wir haben nun, auf ihrer Propagandatour auch durch die Innerschweiz, Frau Calmy-Rey auf den Zusammenhang zwischen Bilateralen und EU-Beitritt angesprochen. Die Antwort kam, wie aus der Kanone geschossen:

Zitat:

„Schengen und die Bilateralen haben mit einem EU-Beitritt überhaupt nichts zu tun.“
Bundesrätin Calmy-Rey, April 2005

Es sieht so aus, als ob Micheline ihre Meinung um 180 Grad gewendet hätte. Aber das sieht nur so aus. Sie ist selbstverständlich immer noch entschlossen, die Schweiz in die EU zu führen. Und bei Ihrem vollen Einsatz für Schengen geht es ihr natürlich nicht um den Anschluss an irgendeinen Polizeicomputer. Sie weiss genau, dass der Kampf um Schengen eigentlich ein Kampf um den wichtigsten Schritt zur EU ist. Und dafür darf man doch kämpfen. Man darf es nur nicht sagen.

D) Der Fall Achraf: Lügen über Lügen...

Du erinnerst Dich sicher an den Wirbel um den von Spanien des Terrorismus verdächtigten Mohammed Achraf. Die Propagandazentrale des Bundes für Schengen wollte daraus ein Paradebeispiel machen, dass die Schweiz ohne SIS zu einem Fahndungsloch würde.

Scheinbar ein gefundenes Fressen für die Schengen-Gläubigen. Und alle machten mit. Und täuschten damit Medien und Öffentlichkeit auf üble Weise:

Bundesrat **Josef Deiss** zeigte sich im Fall ACHRAF in einem Interview vom 26. Oktober 2004 entsetzt, dass ausgeschriebene Terroristen in der Schweiz ohne SIS nicht erkannt würden. Wörtlich sprach er von der Schweiz als einem „Loch im Sicherheitssystem Europa“.

Das ist eine Falschmeldung!

Aber Deiss eröffnete damit den ebenso einleuchtenden wie erlogenen Propaganda-Fall ACHRAF. Dass nichts daran wahr war, scheint ihn als Politiker nicht gestört zu haben. Wichtig ist in der Propaganda nicht der Wahrheitsgehalt, sondern die erzielte Wirkung. Als Aussage an unwissende Schweizer sollte ankommen: „Ohne SIS wimmelt es in der Schweiz bald von Terroristen“.

Dass das Lügengebäude einstürzen könnte, glaubte niemand. Weil die Schengen-Gegner ja keinen Zugang zum SIS hätten und darum nichts beweisen könnten. Und wenn die Blase platzen sollte, dann wäre die Desinformation ja längst über klotzige Blick-Schlagzeilen, als NZZ-Edelpropaganda und die Tagesschau millionenfach beim Bürger angekommen. Wer liest dann noch eine kleine Richtigstellung?

Regierungsrat **Jörg Schild** von Basel-Stadt, Präsident der Polizeidirektorenkonferenz, spielte das Spiel mit und zeigte sich beunruhigt: „Wenn Achraf im SIS eingetragen ist, hätten wir als Schengen-Mitglied bei seiner Verhaftung sofort feststellen können, dass es nicht bloss um einen illegal anwesenden Asylbewerber geht“.

Auch das ist eine Falschmeldung!

Aber Schild ist clever und war vorsichtig: Falls die von Deiss aufgeblasene Propagandalüge platzen sollte, konnte er sich auf den Konditionalis berufen. Er sagte ja nur: „Wenn Achraf eingetragen ist...“. Aber selbst mit seiner vorsichtigen Formulierung hat er den Sachverhalt falsch dargestellt. Und dergleichen getan, als ob ein SIS-Eintrag für den obersten Chef der Basler Polizei ein Buch mit sieben Siegeln wäre. Schild kann über seine Kripo ganz regulär bei den deutschen Kollegen anfragen lassen. Antwortzeit unter 15 Minuten. Warum dann ein solches Theater, Herr Schild?

Auch **Folco Galli**, Sprecher von Blochers Justizdepartement, spielte das Spiel mit. Bei Fedpol gibt es genügend Kollegen, die über ihre Kontaktbeamten oder Polizei-Attachés im wenigen Minuten erfragen können, ob ein SIS-Eintrag besteht. Herr Galli wollte aber ebenfalls den Eindruck erwecken, dass die Schweiz vom SIS-Informationen ausgesperrt sei: Auf die Frage, ob Achraf im SIS eingetragen sei, antwortete er: „Wir wissen es nicht“.

Schon wieder eine Falschmeldung!

Selbstverständlich wusste man in der BKP längst Bescheid. Aber Galli durfte doch die Wahrheit nicht sagen, sonst wäre die ebenso dramatische wie erlogene Propagandastory für das SIS vorzeitig geplatzt. Doch es stank schon beträchtlich nach Lug und Trug, die faule Geschichte wurde immer heisser. Bei Journalistenfragen an den Pressesprecher der Bundesanwaltschaft verschanzte man sich bereits hinter dem Amtsgeheimnis, auch das BAP wollte sich nicht mehr äussern. Keiner wollte die Propaganda-Blase des Josef Deiss aufstechen.

Die dokumentierten Tatsachen zeigen, dass die ganze Kaskade von Falschbehauptungen und Falschvermutungen zusammen mit Schengen-freundlichen Medien wie Blick, Tagesanzeiger und NZZ, Radio und Fernsehen, in der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer SIS-Anbindung beweisen sollte. Und für ein so hohes Ziel dürfen Politiker und Medienleute doch schon ein bisschen schummeln. Oder nicht?

Hier erstmals die ganze Wahrheit, die Recherchier-Journalisten ermittelt haben:

Der in der Schweiz abgewiesene und dann verhaftete Asylbewerber war nur unter dem Namen Kamel SAADI bekannt und aktenkundig, geb. 25.10.73 in Gaza, Palästinenser.

Kamel SAADI war im Schengen Informations-System NIE verzeichnet. Damit wäre er - auch bei vollem SIS-Zugriff - nicht erkannt worden.

Der in der Schweiz unbekannte Mohammed ACHRAF war im Schengen Informations-System NIE zur Verhaftung ausgeschrieben. Der französische Inlanddienst DST (Direction de la surveillance du territoire) hatte 1997 lediglich die Bitte ins SIS gestellt, man möge Aufenthalte von ACHRAF ohne Wissen der Zielperson nach Frankreich melden. Ohne ihn anzuhalten oder zu verhaften. Löschar per 30.7.2005. DST gab auch die Falschnamen LEFEVRE Michael und HAWARI Mustafa an. Der Name SAADI, unter dem ACHRAF in der Schweiz einen Asylantrag gestellt hatte, war nicht dabei.

Spanien wusste aus ND-Quellen, dass der dort gesuchte ACHRAF in der Schweiz sein musste. Aber ACHRAF war hier in allen Dateien unbekannt. Als die Spanier dann Dakti-Daten sandten, konnte die Schweiz dank gründlicher Erfassung und Polizeiarbeit feststellen, dass die gesuchte Person unter dem Namen SAADI in Haft war. Nicht dank dem hier völlig unwirksamen Schengen Informations-System, sondern aufgrund schweizerischer Datenbanken.

Unterdessen wird angenommen, dass auch ACHRAF einer der vielen Falschnamen ist. Aktuell heisst der Herr Abderrahmane TAHIRI, 25.12.1973 in Figuig / Marokko.

Zusammenfassung:

Der in der Schweiz festgenommene Nordafrikaner mit dem Namen SAADI war nie im SIS verzeichnet. Anfragen hätten nichts gebracht.

Alle im SIS registrierten Namen des Nordafrikaners waren Falschnamen.

Auch der Falschname ACHRAF war im SIS nie zur Festnahme ausgeschrieben.

Der Fall wäre mit oder ohne SIS-Anbindung der Schweiz genau gleich abgelaufen. Die Identifikation erfolgte mit Fingerabdruck-Daten, einer 100 Jahre alten Polizeitechnik. Mit dem SIS hat der Fall überhaupt nichts zu tun!

Zwei Recherchierjournalisten erkannten unabhängig voneinander mit bescheidenstem Aufwand den wahren Sachverhalt. Hätten Schengen-Gegner mit einem solchen Lügenkonstrukt gearbeitet, wäre das eine journalistische Bombe gewesen. Im Blick des Folgetages wäre uns die Schlagzeile „Schengen-Gegner lügen!“ gewiss gewesen, alle Medien hätten sofort nachgedoppelt. Selbst eine ARENA mit dem Titel „Abstimmungspropaganda mit Lügen?“ hätte die Falschmelder schonungslos an den Pranger gestellt. Aber es waren ja nicht Schengen-Gegner, die Falschmeldungen verbreitet hatten, sondern die Schengen-Befürworter. Das ändert natürlich alles.

Der eine Journalist konnte die Lügengeschichte nicht aufdecken, weil sie nicht in die EU-Informationspolitik der Redaktion passte, der zweite gute Rechercheur brachte zwar richtige Fakten in FACTS, zeigte aber nicht auf, dass das Ganze eine Propagandalüge war. FACTS gehört dem Tagesanzeiger, der sich als linkes Blatt vehement für Schengen und EU-Beitritt einsetzt. Also servierte man die stinkende Lügen-Ente als unscheinbares Spätzchen.

In keiner Schweizer Zeitung, geschweige denn in den linken Monopolmedien wurde der Sachverhalt richtig gestellt, niemand meldete „Fall ACHRAF hat mit Schengen nichts zu tun“. Selbst die sonst korrekte WELT-WOCHE verpasste die Chance, einen ausgewachsenen Polit-Skandal öffentlich zu machen.

Ein Tiefpunkt des Schweizer Journalismus.

- **Nur noch lächerlich ist Josef Deiss' Beschwörung, „ohne SIS werde die Schweiz zum Fahndungsloch“. Aber das passt ja gut zu ihm.**
- **Dass Politiker solch unwahren Schrott daherreden, entspricht der Glaubwürdigkeit von Berufspolitikern in der Öffentlichkeit. Aber dass unser Verband uns die völlige Bedeutungslosigkeit des SIS für unsere Fahndungserfolge verschwiegen und daraus ein Supersystem gemacht hat, widerspricht der Redlichkeit, die Verbandsmitglieder von den gewählten Vertretern erwarten dürfen.**
- **Die Schweiz wird durch das SIS nicht sicherer. Den 11-14 jährlichen SIS-Festnahmen steht der massive Rückgang der Festnahmen an der geöffneten Landesgrenze gegenüber. Mit Grenzöffnung und SIS werden Tausende von Straftätern weniger gefasst werden, als heute. Schon das erste Schengen - Jahr wird das beweisen. Aber dann ist es zu spät.**

Den hochinteressanten Schengen Erfahrungsbericht 2003, der den ganzen Bluff der Schengen-Propaganda mit dem „Supersystem SIS“ entlarvt, kannst Du anfordern bei:

Bundesministerium des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Alt-Moabit 101 D, D-10559 Berlin

oder unter www.bmi.bund.de

Die hier zitierten Festnahmezahlen findest Du auf Seite 28 unter 28. Treffer Art. 95 SDÜ (Fahndungen nach Personen zur Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung):

2000: 111 Festnahmen
 2001: 139 Festnahmen
 2002: 150 Festnahmen
 2003: 156 Festnahmen

DUBLIN: MEHR ASYLBEWERBER UND MEHR BÜROKRATIE

Das mag nach plumper Gegenpropaganda tönen. Ist es nicht. Lies weiter!

Für Länder wie die Schweiz und Deutschland führt die korrekte Anwendung der Übereinkunft von Dublin (DÜ) zu zusätzlichen Asylbewerbern und Millionen für den Verwaltungsapparat. Deutschland macht das seit Jahren vor. Der Misserfolg des Projektes Dublin wird Jahr für Jahr in den öffentlich zugänglichen Berichten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (bamf) in Nürnberg mit ganz genauen Zahlen dokumentiert. Mit unserem Bundesamt besteht ein Informationsaustausch. Unsere obersten Asylbetreuer wissen also ganz genau, das Dublin auch mit Eurodac nicht zu kleineren Asylbewerberzahlen führt.

Aber dem Volk kann man ja ruhig das Gegenteil erzählen. Frau Metzler hat seinerzeit damit begonnen, wider besseren Wissens zu behaupten, die vielen Asylbewerber hätten wir auch deshalb, weil wir eben bei Dublin nicht mitmachten. Wenn eine Bundesrätin mit der Wahrheit so locker umgeht, darf man das sicher nachplappern. Somit möchte uns das auch Herr Deiss weismachen und Calmy-Rey schliesst sich natürlich auch an. Klar doch!

Hier nun aber die deutschen Zahlen des Bundesamtes in Nürnberg:

| Jahr | Neue Gesuche | Abschiebung aus der BRD | Abschiebung in die BRD | Saldo Dublin | In % der Gesuche |
|--------------|----------------|-------------------------|------------------------|---------------|------------------|
| 2001 | 118'306 | -1'640 | +2'739 | +1'099 | +0.9% |
| 2002 | 91'471 | -2'058 | +3'312 | +1'254 | +1.3% |
| 2003 | 67'848 | -1'466 | +2'832 | +1'366 | +2.0% |
| 2004 | 50'152 | -2'765 | +2'681 | -84 | -0.2% |
| | | | | | |
| Total | 327'777 | -7'929 | +11'554 | +3'635 | +1.1% |
| | | | | | |

- **Die riesige Dublin-Administration der 4 Jahre verändert die Neuzugänge an Asylbewerbern um 1.1%. Zu Ungunsten Deutschlands!**
- **EURODAC hat daran nichts geändert.**
- **2004 haben 32 Vollzeitbeamte 13'999 Rücknahmeanträge bearbeitet. 70 Anträge pro Arbeitstag. Mit dem Resultat, dass Deutschland 94 Asylbewerber abschieben konnte. Merke: 94 von 50'152 neue Asylbewerber!**

Quelle: Veröffentlichte Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (bamf) Nürnberg für die Jahre 2001 – 2004

Warum die auf den ersten Blick eigentlich vernünftige Logik des Dublin-Übereinkommens nicht funktionieren kann, hat verschiedene Gründe:

- Italien und Spanien als Haupteintrittsländer von Osten und von Süden her haben kein Interesse, Asylbewerber zu behalten. Deshalb wird aufgegriffenen Illegalen auch nicht empfohlen, Asylgesuche zu stellen. Damit werden gemäss Eurodac-Bestimmungen auch die Fingerabdrücke NICHT gespeichert. Die Immigranten können – und sollen – nach Norden abwandern, wo der Tisch der Asylbewerber reicher gedeckt ist.
- Die Verschärfung der Asylgesetze in allen europäischen Staaten veranlasst die Immigranten zunehmend, bewusst kein Asylgesuch zu stellen. So werden selbst bei Aufgriffen ihre Fingerabdrücke NICHT gespeichert, sie leben als Sans Papiers eine Weile im Zielland und hoffen, irgendwann eine Duldung oder eine humanitäre Aufnahme zu erreichen. In Deutschland nehmen die im Landesinnern aufgegriffenen Illegalen in dem Masse zu, wie die Asylgesuche abnehmen.

Im Dezember 2004 erreichte die Zahl der aufgegriffenen Illegalen erstmals die gleiche Grösse wie die Zahl der neuen Asylbewerber. Solche Illegalen dürfen in EURODAC nicht gespeichert werden, weil sie kein Asylgesuch gestellt haben.

Doch die Propaganda des EU-Integrationsbüros will die Realität von Dublin nicht kennen, damit man weiterhin falsche Behauptungen verbreiten kann. Augen zu und durch. Nur hundertfach die gleiche Lüge immer wieder platzieren, irgendwann werden die Leute es glauben.

- Das Integrationsbüro behauptet, wir konnten Dank Dublin die Asylbewerberzahlen senken und damit Millionen sparen. Fragen wir doch die Deutschen, die das seit Jahren mit der gleichen Gründlichkeit vollziehen und dokumentieren, wie das die Schweiz tun würde: Dank Dublin Jahr für Jahr Millionen für den Beamtenapparat und Millionen für die über 3'000 Asylbewerber, die Deutschland in den letzten vier Jahren als Dank für die seriöse Administration zusätzlich übernehmen durfte.
- Wie das Integrationsbüro in seinen Informationen schon seit einem Jahr vorsätzlich Falschinformationen verbreitet, kann man an vielen kleinen Beispielen belegen. Etwa:

Originalzitat aus der Information „Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration (Schengen/ Dublin) Mai 2004, Seite 16:

Dublin / Überstellung von Asylbewerbern in das Land des ersten Asylantrages

„Die Rückführung der betroffenen Personen ins zuständige Erstasyland kann ohne weiteres sofort erfolgen.“

Das stimmt nicht! Erstens geht das nicht „ohne weiteres“ und auch nicht „sofort“, weil dem Erstasyland nun ein kompliziertes Rücknahmeersuchen gestellt werden muss, dem der Erstasyland zustimmen oder es ablehnen kann. Allein dafür hat er einen Monat Zeit. Das Integrationsbüro hat es fertig gebracht, in dem kurzen Satz gerade zwei Lügen unterzubringen. Eine Leistung, die uns an die DDR erinnert, die gar in drei Buchstaben zwei Unwahrheiten unterbringen konnte.

Und gleich im nächsten Abschnitt wird munter drauflos fabuliert:

EURODAC (Fingerabdrucksystem für Asylbewerber)

„In dieser computergestützten Datenbank werden die Fingerabdrücke aller Asylsuchenden und aufgegriffenen illegalen Einwanderer in allen Ländern gespeichert.“

Auch hier mehrfache Falschaussagen: Bei der immer grösser werdenden Zahl der illegal anwesenden Ausländern werden nicht nur keine Fingerabdrücke gespeichert, es ist in den EURODAC-Bestimmungen sogar ausdrücklich verboten. Lediglich die Fingerabdrücke von an der - offenen - Grenze aufgegriffenen Illegalen dürfen für zwei Jahre gespeichert werden. Ebenso unwahr ist, dass in allen Ländern gespeichert wird. Italien speichert nicht einmal die Daten bei illegalem Grenzübertritt, wie sich kürzlich ein holländischer Dublin-Experte ärgerte. Und andere Länder tun das bewusst sehr nachlässig.

Die Schengen-Länder spielen mit den Asylbewerbern und Illegalen ein Schwarz-Peter-Spiel, bei dem die Länder mit unkorrekter und bewusst nachlässiger Praxis und schlechten Sozialleistungen für die Immigranten die Gewinner sind.

Die korrekt erfassenden Länder mit guten Sozialleistungen für Asylbewerber sind die Verlierer in dem Spiel. Deutschland ist ein solcher Verlierer – und unsere Bundesverwaltung möchte, dass wir auch zu den korrekten Verlierern gehören. Koste es, was es wolle. Wenn es uns nur dem EU-Beitritt näher bringt.

DIE TOURISMUS-LÜGE MIT DEN ANGEBLICHEN VISA-PROBLEMEN

Es gibt in der Praxis für zahlungskräftige Feriengäste aus aller Welt keine Hindernisse der Visumserteilung, die jemanden davon abhalten können, bei uns Ferien zu machen.

Die Behauptung von Schäden für Hotellerie und Tourismus bei einem Schengen-NEIN ist frei erfunden. Die Abstimmungsmanager orteten im Sommer 2004 in den eher konservativen Bergregionen ein grosses Potential von NEIN-Stimmen. Berggebiete sind Tourismusgebiete mit vielen Arbeitsplätzen für Einheimische. Denen galt es nun, Angst zu machen vor wegbleibenden Feriengästen als Folge einer Ablehnung der Grenzöffnung.

Also wurden die Vertreter des Hotelierverbandes und des Tourismus in den geheimen Schlachtplan des Integrationsbüros für die EU in die Inszenierung aufgenommen (Siehe vertrauliches Strategiepapier von Frau Calmy-Rey in diesem Kapitel!).

Wir unterstellen den nun in die Abstimmungsschlacht geschickten Hoteliers nicht einmal, dass sie wider besseres Wissen die Falschmeldung verbreiteten, man hat ihnen die Wahrheit einfach verschwiegen.

Bereits heute hat der Bundesrat für 7 Länder bestimmt, dass Staatsangehörige dieser Länder mit einem Schengen-Visum auch in die Schweiz einreisen können:

- Bahrain
- Katar
- Kuwait
- Oman
- Saudiarabien
- Vereinigte Arabische Emirate
- Thailand

Im Verzeichnis des Bundesamtes für Migration haben diese Staaten den Status, der in der Liste der Staaten mit dem **Code 13** gekennzeichnet sind. Offen nachzulesen auf der Homepage des Bundesamtes:

www.weisungen.bfm.admin.ch/einreise/visumvorschriften_d.asp

Alle Staatsangehörigen der Staaten mit dem Code 13 dürfen mit einem Schengen-Visum auch für 3 Monate in die Schweiz einreisen. Ohne jede Behinderung. Wenn es für die Schweizer Tourismuswirtschaft wichtig ist, auch für weitere Staaten das Schengen-Visum zu anerkennen, kann das Bundesamt für Migration problemlos die Liste der Staaten mit Code 13 um ein paar Länder erweitern. Ein kleiner Verwaltungsakt, von dem kaum jemand Notiz nimmt. Oder wussten Sie bisher etwas von Code 13?

Dafür müssten bei einem JA zu Schengen in Zukunft viele Touristen ein Schengen-Visum beantragen, die bisher visumsfrei in der Schweiz Ferien machen konnten. Es gibt nämlich Länder, deren Staatsbürger für die EU ein Visum brauchen, für die Schweiz aber nicht. Bekanntes Beispiel sind etwa die Feriengäste der vermögenden südafrikanischen Oberschicht. Sie brauchen heute für ihre Ferien in der Schweiz kein Visum, und bevorzugen darum unser Land als Ferienort. Wenn sich die Schweiz der Schengen-Gesetzgebung unterwirft, müssen die reichen Südafrikaner plötzlich ein Visum beantragen. Damit können Sie dann auch in Kitzbühel oder Bad Gastein Ferien machen...

Die Behauptung, ohne Schengen-Beitritt entstünden dem Tourismus Einbussen, ist unwahre Propaganda, um die tourismusabhängigen Berggebiete für einen Schengen-Beitritt weich zu klopfen.

Die Schweiz kann nach den Bedürfnissen der Tourismusgebiete problemlos für weitere Länder das Schengen-Visum als Touristen-Visum anerkennen. Sie kann die Liste dieser Länder erweitern, ohne in Brüssel fragen zu müssen.

Es gibt für die Tourismus-Regionen keinen Grund, für Schengen zu stimmen.

DER GEHEIME SCHLACHTPLAN VON FRAU CALMY-REY FÜR SCHENGEN

Im Sommer 2004 sah es schlecht aus für die Befürworter von EU und Schengen. Der Bürger, noch nicht von einer Flut von halbwayen und unwahren Behauptungen verwirrt, lehnte den Schengen-Vertrag mehrheitlich ab. Weil es ja für einen normal intelligenten Menschen schwer ist, in einer Grenzöffnung für alle Kriminellen und Illegalen einen Sicherheitsgewinn zu erkennen.

Das eigentlich zuständige Justizdepartement war bereit, sachlich zu informieren, nicht aber einen Propagandafeldzug für Schengen zu organisieren. Darum riss die Kämpferin für einen EU-Beitritt das Dossier „Kampf für Schengen“ an sich. Frau Calmy-Rey hat sich weder als linke Regierungsrätin in Genf noch als Bundesrätin je für die Polizei und bessere Polizeinstrumente interessiert.

Aber ihr war klar, dass ihr Traum des EU-Beitrittes auf direktem Wege keine Chance hat. Also gilt es vorerst einmal, mit Schengen einen Teilbeitrag zu erzwingen. Ihre Strategie der Salamtaktik hat sie ja rechtzeitig offen gelegt:

Zitat:

„Indem wir die bilateralen Beziehungen zur EU intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt bereiten.“

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey am 24.4.2003

Also interessiert sich Frau Calmy-Rey nun plötzlich für die Polizei und die Kriminalitätsbekämpfung. Und es ist auch völlig klar, wer den Kampf führen soll:

Das Integrationsbüro der Aussenministerin soll einen geheimen Schlachtplan entwerfen, wie die Mehrheit so zu manipulieren ist, dass ein JA zustande kommt. Die Köpfe müssen verwirrt werden, viele Persönlichkeiten und Organisationen sollen tausendfach fixfertig zurechtgemachte Argumente an den Bürger bringen.

Und das Integrationsbüro, dessen alleiniger Auftrag ja ist, das strategische Ziel des EU-Beitrittes zu erreichen, legt los: Alles wird eingespannt, von der privaten Lilienberg-Stiftung bis zum VSPB, von linken Hilfswerken bis zu den Polizeikommandanten Borer und Grütter. Und fast alle, die das Integrationsbüro als Schengen-Kämpfer in seine Schlachtordnung eingespannt hat, spielen nun die Rolle, die Ihnen die Abstimmungsmanager von Bundesrätin Calmy-Rey zugeordnet haben: Die Hilfswerke, die Polizeikommandanten, die Stiftung Lilienberg, die Hoteliervereinigung, der man mit Falschinformationen über Visaprobleme Angst gemacht hat...

Der Propagandafeldzug rollt. Und kostet viele Millionen. Aber der geheime Schlachtplan weiss, wie man dieses kleine Problem löst:

„Budget-Entwurf:

Klärung des Finanzbedarfs, Reservation von Kreditanteilen und Einleitung eines Antrages für einen Zusatzkredit.“

Zitat aus dem Geheimpapier des Integrationsbüros, Seite 2

Mit Steuergeldern lässt sich trefflich die öffentliche Meinung manipulieren. Und dazu kommen über 30 Millionen der Wirtschaft. Allein das müsste stutzig machen: Seit wann interessiert sich die Exportwirtschaft für Arbeitsinstrumente der Polizei? Die Exportwirtschaft will den EU-Beitritt, weil man mit gedrückten Löhnen konkurrenzfähiger wird. Man sagt das natürlich nicht so offen, sondern mit nicht verständlichen Worthülsen und fein abgestimmten „Sprachregelungen.“

Kritiker solchen Missbrauchs der Informationspflicht innerhalb der Bundesverwaltung haben die geheime Planung der Frau Calmy-Rey schon im letzten Sommer den Medien vorgespielt. Die bereits aus Schengen-Kurs getrimmten Massenmedien und die Printmedien haben das skandalöse Strategiepapier verschwiegen, einzig die Schweizerzeit und die Weltwoche druckten Auszüge ab.

Hier kann die Öffentlichkeit erstmals lernen, wie die EU-Befürworter in der Bundesverwaltung künftige Abstimmungen zum Thema EU führen werden.

- Mit Millionensummen für vollamtliche Abstimmungsmanager und Propaganda
- Mit einer grossen Zahl von öffentlich auftretenden Persönlichkeiten, die scheinbar nur für sich sprechen, tatsächlich aber Teil einer grossen Inszenierung sind. Sie gleichen Marionetten in einem grossen Spiel.
- Sie agieren alle mit den gleichen geschönten oder falschen Argumenten und mit den gleichen grafisch perfekten Foliensätzen des EU-Integrationsbüros.

Wenn Du die Propaganda der letzten Wochen verfolgt hast, wirst Du unschwer die verschiedenen Darsteller wieder erkennen, denen im Geheimpapier von 2004 eine Rolle zugeordnet wurde. Wenn es Dich interessiert, wie man die Gutgläubigkeit der Bürger missbraucht, um sie zu verunsichern und zu manipulieren, dann lies die folgende Regieanleitung des Propagandaspektakels. Es ist eine wortgetreue Abschrift einer Faxzusendung. Die darin in zentraler Funktion des Abstimmungskampfes agierende Mitarbeiterin von Frau Calmy-Rey ist uns ja als Leser von POLICE bestens bekannt: Frau Andrea Rauber hat ja fertig gebracht, das für unsere Fahndungserfolge völlig unwichtige SIS zu einem Supersystem (ohne biometrischen Daten) aufzublasen. Und viele Kollegen begannen sogar, das zu glauben. Wenn es für Irreführung von sonst kritischen Polizeibeamten einen Preis gäbe, würden wir Frau Rauber dafür vorschlagen.

Download des Geheimpapieres: www.chil.ch/dateien/schengen_geheimpapier.pdf